
Jahresziele und Projekte 2013 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 11. Januar 2013

ÜBERSICHT

durch Anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

| | |
|---|-----------|
| Direktionssekretariat | 3 |
| Änderung des Reglements über die Anstellung und Weiterbildung der Lehrpersonen | 3 |
| Einsatz von iCampus an den Schulverwaltungen | 3 |
| Zukünftige Steuerung des Bildungswesens..... | 4 |
| Überarbeitung der Broschüre Schule und Bildung Uri..... | 4 |
| Volksschule | 4 |
| Änderung der Schulverordnung (mögliche Integration von Kindergarten und Primarstufe)..... | 4 |
| Konzept für eine ideale zukünftige Informatik an den Volksschulen des Kantons Uri..... | 5 |
| Lehrplan 21 – Grobkonzept - Vernehmlassung | 5 |
| Weiterentwicklung des Wahlfaches Italienisch an den Urner Volksschulen | 6 |
| Kampagne Jugendschutz | 6 |
| Erarbeiten eines kantonalen Krisenkonzeptes | 7 |
| Erarbeiten eines kantonalen Integrationsprogramms (KIP)..... | 7 |
| Berufsbildung und Mittelschulen | 8 |
| Einführung neuer Bildungsverordnungen | 8 |
| Sportförderung | 8 |
| Prüfung der Notwendigkeit und möglichen Standortes für ein regionales Sportzentrum..... | 8 |
| Kulturförderung | 9 |
| Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit dem theater(uri) mit entsprechendem Beschluss des Landrates über den jährlichen Beitrag | 9 |
| Überprüfung der Statuten der Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth..... | 9 |
| Jugendpolitik | 10 |
| Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendförderung Uri – Gesuchseingabe an den Bund | 10 |

Änderung des Reglements über die Anstellung und Weiterbildung der Lehrpersonen

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Reglement über die Anstellung und Weiterbildung der Lehrpersonen (AWR, RB 10.1224) regelt die Anstellungsbedingungen für die Lehrpersonen der Volksschule. Es soll in folgenden Punkten angepasst werden:

- Anrechnung der Berufserfahrung ausserhalb der Pädagogik bei der erstmaligen Anstellung von Lehrpersonen (vor allem Quereinsteigende).
- Einstufung von Fachlehrpersonen HW/TG auf der Oberstufe.
- allenfalls weitere sich ergebende Punkte.

Stand

Am 31. Oktober 2012 fand eine Besprechung mit dem Verein Lehrerinnen und Lehrer Uri (LUR) statt. Im Bereich der kantonalen Lehrpersonen hat der Regierungsrat am 11. Dezember 2012 erste Anpassungen bereits beschlossen.

Nächste Schritte

Es wird eine Vorlage erarbeitet, die ab Mitte März 2013 in eine Vernehmlassung bei den Gemeinden, LUR und der Vereinigung Schulleiterinnen und Schulleiter Uri (VSL) gegeben werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Die Änderung des AWR wird im Juni 2013 beschlossen.

Einsatz von iCampus an den Schulverwaltungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Ab Schuljahr 2012/2013 wird für die Noten- und Zeugnisverwaltung die Schulverwaltungssoftware iCampus eingesetzt. Ab demselben Zeitpunkt wurden die Daten mit der kantonalen Datenplattform GERES abgeglichen. Das Programm iCampus soll gezielt weiterentwickelt und dessen Einsatz in den Schulverwaltungen zum Standard werden.

Stand

iCampus wird als Zeugnisverwaltung eingesetzt. Verschiedene Schulen haben Anregungen zur Weiterentwicklung und Anpassung gemacht. Diese werden geprüft.

Da das Programm von den Schulen in der Vergangenheit sehr unterschiedlich eingesetzt wurde, enthält die Datenbank Doppelspurigkeiten, welche zu korrigieren sind.

Nächste Schritte

Kleinere auftretende Fehler werden laufend korrigiert. Es wird eine Weiterbildungstagung für die Administration der Daten organisiert.

Ziel bis Ende Jahr

iCampus läuft fehlerfrei und die Daten sind bereinigt. Die notwendigen Anpassungen sind vorgenommen.

Zukünftige Steuerung des Bildungswesens

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Rahmen von Volksschule 2016 soll auch die zukünftige Steuerung des Bildungswesens im Kanton Uri festgelegt werden. Welche Rolle haben Regierungsrat, Erziehungsrat und Mittelschulrat in Zukunft.

Stand

Erste Überlegungen sind im Planungsbericht Volksschule 2016 an den Landrat enthalten (siehe: [Planungsbericht](#))

Nächste Schritte

Es wird ein Grundlagenpapier erarbeitet, das dem Regierungsrat als Entscheidungsgrundlage für das Festlegen des weiteren Vorgehens dient.

Ziel bis Ende Jahr

Der Regierungsrat hat den Entscheid über das weitere Vorgehen gefällt.

Überarbeitung der Broschüre Schule und Bildung Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Broschüre Schule und Bildung Uri ([LINK](#)) ermöglicht einen Überblick über die Schulstruktur und die Bildungsangebote im Kanton Uri. Die letzte Herausgabe erfolgte im Jahr 2008. Die Broschüre soll neu gestaltet und in neuer Form herausgegeben werden.

Stand

Die Arbeiten werden erst in der zweiten Hälfte des Jahres in Angriff genommen.

Ziel bis Ende Jahr

Broschüre ist in neuer Form erschienen.

Volksschule

Änderung der Schulverordnung (mögliche Integration von Kindergarten und Primarstufe)

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat erklärte am 14. November 2012 eine Motion von Landrat Bernhard Walker, Isenthal zur Integration des freiwilligen Kindergartens in die Primarstufe als erheblich. Mit der Motion soll erreicht werden, dass Schulen Kindergarten und Primarstufe zusammenlegen können.

Stand

Die Arbeiten wurden noch nicht aufgenommen.

Nächste Schritte

Es wird eine Vorlage erarbeitet, die ab Mitte April 2013 in eine Vernehmlassung bei den Gemeinden, politischen Parteien und weiteren interessierten Kreisen gegeben werden kann.

Ziel bis Ende Jahr

Die notwendigen Anpassungen der Schulverordnung sind vom Landrat beschlossen.

Konzept für eine ideale zukünftige Informatik an den Volksschulen des Kantons Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

In einem Projekt soll ein Konzept für die ideale zukünftige Informatik an den Urner Volksschulen erarbeitet werden.

Stand

Die Projektgruppe und die Steuergruppe des Projektes sind bestimmt. Die Projektgruppe hat eine erste Sitzung abgehalten. Ein Auftrag für die externe Begleitung der Arbeiten wurde erteilt.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe bespricht die nächsten Schritte mit der externen Projektbegleitung. Es wird eine Bedarfserhebung bei den einzelnen Schulen durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Das Konzept soll spätestens Ende März 2013 vorliegen, damit wenn notwendig die weiteren Schritte eingeleitet werden können.

Lehrplan 21 – Grobkonzept - Vernehmlassung

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Lehrplan 21 ist ein Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK). Seit Herbst 2010 wird für alle deutsch- und mehrsprachigen Kantone ein gemeinsamer Lehrplan für die Volksschule ausgearbeitet. Damit setzen die 21 Kantone den Artikel 62 der Bundesverfassung um, die Ziele der Schule zu harmonisieren. Voraussichtlich im Herbst 2014 wird der Lehrplan 21 von allen Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren zur Einführung in den Kantonen freigegeben. Anschliessend entscheidet jeder Kanton gemäss den eigenen Rechtsgrundlagen über die Einführung im Kanton.

Nächste Schritte

Das Amt für Volksschulen erarbeitet ein Grobkonzept zur Einführung im Kanton Uri. Zwischen Juli 2013 und Dezember 2013 findet eine Vernehmlassung zum ersten Entwurf für den Lehrplan 21 statt.

Ziel bis Ende Jahr

Grobkonzept ist erstellt und Vernehmlassung im Kanton Uri ist durchgeführt.

Weiterentwicklung des Wahlfaches Italienisch an den Urner Volksschulen

[Zurück zur Übersicht](#) Am 27. Juni 2012 hat der Erziehungsrat aufgrund der Ergebnisse einer durchgeführten Vernehmlassung beschlossen, das Wahlpflichtfach Italienisch auf der Primarstufe an den Urner Volksschulen weiterzuführen. Dabei soll die Qualität des Unterrichts durch verschiedene Massnahmen weiterentwickelt werden. Zudem soll auf kantonaler Ebene ein Wahlfachangebot auf der Oberstufe angeboten werden, dessen Kosten der Kanton trägt.

Stand

Erste konzeptionelle Überlegungen wurden angestellt.

Nächste Schritte

Es wird ein Konzept über die Weiterführung von Italienisch auf der Oberstufe erstellt. Weiter werden Massnahmen ergriffen für die Weiterbildung der amtierenden Lehrpersonen und die Förderung der Austauschaktivitäten mit dem Tessin.

Ziel bis Ende Jahr

Konzept ist erstellt und umgesetzt.

Kampagne Jugendmedienschutz

[Zurück zur Übersicht](#) Internet und Handy sind aus dem Alltag von Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Die Chancen: Wer Handy und Computer nutzt, entwickelt kommunikative und soziale Fähigkeiten. Risiken: Es lauern Gefahren in der digitalen Welt: Übergriffe auf die Integrität, Internet-Sucht, Cyber-Mobbing, Datenmissbrauch oder sexuelle Übergriffe. Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Uri sollen kompetent mit Chancen und Gefahren von audiovisuellen, elektronischen und interaktiven Medien umgehen können. Sie sollen deren Chancen nutzen und sich vor Gefahren schützen. Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen haben eine wichtige Begleitfunktion. Um ihre Medienkompetenz zu fördern und sie im Erziehungsalltag zu unterstützen, soll einerseits die Sensibilisierung und Weiterbildung von Eltern, Lehr- und Betreuungspersonen verstärkt und für die Jugendlichen der Urner Volksschulen eine Kampagne für die 5./6. Klassen aufgebaut werden.

Stand

Der Erziehungsrat hat den Projektauftrag beschlossen.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe erstellt eine Bestandesaufnahme. Die Zielsetzungen der Kampagne werden konkretisiert.

Ziel bis Ende Jahr

Es liegt ein Konzept vor. Die Kampagne wurde gestartet.

Erarbeiten eines kantonalen Krisenkonzeptes

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Jahre 2005 erarbeitete eine Projektgruppe im Auftrag des Erziehungsrates den Leitfaden Krisenintervention an Schulen. Gestützt auf diesen Leitfaden hatten alle Schulen auf das Schuljahr 2006/2007 ein Konzept Krisenintervention auszuarbeiten und à jour zu halten.

Im Kanton Uri sind die Gemeinden Trägerinnen der Volksschule. Es gilt deshalb der Grundsatz, dass die Führung des Krisenfalles bei der Schule vor Ort liegt. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) nimmt eine unterstützende Rolle ein. Die Organisation auf Ebene der BKD soll exakter definiert werden. Parallel zu den Überlegungen der BKD, hat sich auch die Kantonspolizei Uri (KAPO Uri) an das Thema gemacht. Dabei hat sich gezeigt, dass die KAPO Uri Bedürfnisse hat, die in den heute bestehenden Konzepten nur teilweise oder gar nicht abgebildet sind.

Stand

Der Erziehungsrat hat den Projektauftrag beschlossen. Die Projektgruppe wurde eingesetzt und hat eine erste Sitzung abgehalten.

Nächste Schritte

Es wird ein Konzept erstellt.

Ziel bis Ende Jahr

Es liegt ein kantonales Konzept für die Bewältigung von Krisen an den Urner Schulen mit einem konkreten Vorschlag zu dessen Umsetzung vor.

Erarbeiten eines kantonalen Integrationsprogramms (KIP)

[Zurück zur Übersicht](#)

Am 1. Januar 2008 traten das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG, SR 142.20) und das revidierte Asylgesetzes (AsylG, SR 142.31) in Kraft. Weiter trat auch die Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer (VIntA SR 142.205) am 1. Januar 2008 Kraft. Im Ausländergesetz AuG wird die Integrationspolitik ausdrücklich als gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden bezeichnet.

Die Kantone haben, um Beiträge des Bundes auslösen zu können, ein kantonales Integrationsprogramm (KIP) zu erarbeiten.

Stand

Der Entwurf für ein KIP wurde im 2012 erarbeitet und dem Bund zu einer Vorprüfung eingereicht.

Nächste Schritte

Das KIP wird aufgrund der Rückmeldung des Bundes überarbeitet und dem Regierungsrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ziel bis Ende Jahr

Das KIP ist beschlossen und die darauf aufbauende Programmvereinbarung mit dem Bund abgeschlossen.

Berufsbildung und Mittelschulen

Einführung neuer Bildungsverordnungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Im 2013 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) geplant:

- Anlagen- und Apparatebauerin EFZ / Anlagen- und Apparatebauer EFZ
- Fachfrau Transport EFZ / Fachmann Transport EFZ
- Forstpraktikerin EBA / Forstpraktiker EBA
- Lackierassistentin EBA / Lackierassistent EBA
- Systemgastronomiefachfrau EFZ / Systemgastronomiefachmann EFZ

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind über die neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen konstant. Im Fall neuer Berufe unterstützt das Amt die Lehrbetriebe bei der Schaffung von Lehrstellen.

Sportförderung

Prüfung der Notwendigkeit und möglichen Standortes für ein regionales Sportzentrum.

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat erklärte am 14. November 2012 eine Motion von Landrat Markus Holzgang, Altdorf für ein regionales Sportzentrum unteres Reusstal als erheblich. Mit der Motion wird der Regierungsrat ersucht, konkrete Standorte für ein regionales Sportzentrum oder regionale Sportzentren zu prüfen und in den Richtplan aufzunehmen. Dem Landrat soll innerhalb von zwei Jahren die entsprechende Richtplananpassung zur Genehmigung unterbreitet und folgende Punkte zwingend berücksichtigt werden:

- Es sind mögliche Standorte für ein regionales Sportzentrum im Urner Talboden zu evaluieren und zu prüfen.
- Die Angebote sind zusammen mit den Gemeinden und den Vereinen zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Künftige Entwicklungen sind entsprechend zu berücksichtigen.
- Die Erschliessung der Standorte für IV, ÖV, Velo und Fussgänger muss aufgezeigt und gelöst werden.
- Es sind mit der Standortevaluation Überlegungen des Landabtauschs und/oder allfälliger Umzonungen miteinzubeziehen.

Stand

Die Arbeiten wurden noch nicht aufgenommen.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung zu Handen des Regierungsrates einen Vorgehensvorschlag.

Ziel bis Ende Jahr

Der Bedarf für ein regionales Sportzentrum unteres Reusstal ist geklärt. Erste Standortideen liegen vor.

Kulturförderung

Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit dem theater(uri) mit entsprechendem Beschluss des Landrates über den jährlichen Beitrag

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Kanton Uri unterstützt das theater(uri) mit einem jährlichen Beitrag in der Höhe von 200'000 Franken. Grundlage dafür ist ein Beschluss des Landrates vom 17. Juni 2009. Der Beschluss gilt für die Jahre 2010 bis 2013. Damit die Unterstützung weitergeführt werden kann, ist ein neuerlicher Kreditbeschluss des Landrates notwendig.

Nächste Schritte

Es wird eine Vorlage an den Landrat ausgearbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Der Kredit über den jährlichen Beitrag des Kantons Uri an die Betriebskosten des theater(uri) ist vom Landrat beschlossen.

Überprüfung der Statuten der Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth wurde 1981 in Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat des Kantons Uri und dem damaligen Danioth-Ring und heutigen Kunstverein Uri gegründet. Die Stiftung fördert durch jährliche Ausschreibung und die entsprechende Jahresausstellung im Haus für Kunst die hier aufgewachsenen, wohnhaften oder heimatberechtigten Urner Kulturschaffenden durch

- Atelierstipendien (N.Y, Berlin),
- Urner Werkjahr,
- Förder- und Projektbeiträge,
- Werkankäufe/-aufträge

Das Regelwerk der Stiftung (Vereinbarung, Regulativ, Richtlinien) ist umständlich, wurde seit 1981 nicht überarbeitet und sollte formal vereinfacht werden. Auch inhaltlich soll die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stiftung geprüft werden.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) beschlossen. Die Projektgruppe ist gewählt.

Nächste Schritte

Die bestehenden rechtlichen Grundlagen werden einer formalen Prüfung unterzogen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Statuten sind angepasst und die Aufgabenteilung geklärt.

Jugendpolitik

Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendförderung Uri – Gesuchseingabe an den Bund

[Zurück zur Übersicht](#)

Gestützt auf das Gesetz über die Förderung der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit (KJFG) kann der Bund privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen gewähren. Das KJFG tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Die Kantonale Kinder- und Jugendkommission und der Runde Tisch der Gemeinden befürwortete die Erarbeitung eines gemeinsamen Gesuchdossiers.

Stand

Der Bildungs- und Kulturdirektor hat sich mit dem Runden Tisch der Gemeinden getroffen.

Nächste Schritte

Es wird ein gemeinsames Gesuchdossier erarbeitet.

Ziel bis Ende Jahr

Das Gesuch wurde eingegeben.